



OBERLANDESGERICHT MÜNCHEN
Der Vorsitzende des 6. Strafsenats

6 St 7/21

Strafverfahren gegen

Ilur **N...**

wegen des Verdachts der geheimdienstlichen Agententätigkeit

Verfügung vom 2. Februar 2022

Am 17.02.2022 um 09:30 Uhr beginnt im Sitzungssaal A 101 in der Nymphenburger Str. 16 in 80335 München vor dem 6. Strafsenats des Oberlandesgerichts München die Hauptverhandlung gegen den Angeklagten Ilur N.... Es sind zwölf Sitzungstage bis 08.04.2022 bestimmt.

Aufgrund des zu erwartenden öffentlichen Interesses ordne ich zur Sicherung eines ordnungsgemäßen Ablaufs der Hauptverhandlungstermine Folgendes an:

1. Sitzungssaal, Öffentlichkeit

1. Die Hauptverhandlung findet am 17.02. und 08.04.2022 im Sitzungssaal A101 und an den weiteren Terminen im Sitzungssaal B 275 statt. Auf die angefügte Sitzungsliste wird Bezug genommen. Etwaige - nachträgliche - Änderungen werden rechtzeitig durch Aushang bekanntgemacht.
2. Die Sitzungen beginnen am 17.02., 25.02. und 24.03.2022 jeweils um 09:30 Uhr, an den übrigen Sitzungstagen um 10:30 Uhr, sofern nicht im Einzelfall etwas anderes verfügt wird. Änderungen werden rechtzeitig durch Aushang bekanntgemacht.

3. Die Sitzungen sind grundsätzlich öffentlich (§ 169 Abs. 1 Satz 1 GVG).

II. Allgemeine sitzungspolizeiliche Anordnungen

Zur Aufrechterhaltung der Sicherheit des Angeklagten sowie der übrigen Verfahrensbeteiligten und zur störungsfreien Abwicklung der Hauptverhandlung wird gemäß § 176 GVG angeordnet:

1. Allen Personen, die Zutritt zum Sitzungssaal haben, ist das Mitführen von Waffen und Gegenständen, die geeignet sind, zur Störung der Hauptverhandlung verwendet zu werden, im Sitzungssaal untersagt.

2. Zur Sicherung des Aufzeichnungsverbotes nach § 169 Abs. 1 Satz 2 GVG und der Ordnung vor dem Sitzungssaal sind außerhalb des Sitzungssaales Absperrgitter und Sichtblenden aufzustellen. Innerhalb des so gekennzeichneten Sicherheitsbereichs sind weder Ton-, Film- und Bildaufnahmen noch Gespräche (Interviews) zulässig. Den Anordnungen der Justizbediensteten und der zur Unterstützung zugezogenen Polizeibeamten ist Folge zu leisten.

3. Es wird eine Zugangskontrolle angeordnet. Dieser haben sich

– Zuhörer,

– Medienvertreter,

– sowie Angeklagte, Verteidiger, Dolmetscher, Sachverständige und Zeugen

zu unterziehen.

4. Angeklagte, Verteidiger, Dolmetscher, Sachverständige, Zeugen, Zuhörer, und Medienvertreter müssen sich bei der Einlasskontrolle mit einem gültigen amtlichen Personalausweis oder Reisepass bzw. die Verteidiger mit einem gültigen Ausweis der Rechtsanwaltskammer ausweisen, ausländische Staatsangehörige mit einem entsprechenden gültigen Ausweispapier.

Sollten sich Angeklagte, Verteidiger, Dolmetscher, Sachverständige oder Zeugen nicht ausweisen können, ist vor Versagung des Zutritts der Vorsitzende zu verständigen.

5. Die **akkreditierten** Medienvertreter, Fotografen und Kamerateams haben sich bei der Einlasskontrolle mit einem gültigen Personalausweis oder Reisepass sowie mit einem aktuellen Presseausweis oder einer Bestätigung des Mediums, für das sie tätig sind, zu legitimieren. Ferner ist der Akkreditierungsausweis vorzulegen.

6. Nach Vorzeigen der Ausweispapiere sind Verteidiger, Dolmetscher, Sachverständige und Zeugen sowie Zuhörer und Medienvertreter durch Abtasten der Kleidung und Durchsicht der Behältnisse — auch unter Zuhilfenahme eines Metalldetektors, einer Metalldetektorschleuse sowie eines Durchleuchtungsgeräts — auf Waffen und Gegenstände zu durchsuchen, die geeignet sind, zur Störung der Hauptverhandlung verwendet zu werden. Bei der Durchsuchung sind Mäntel und Jacken stets abzulegen. Auf Verlangen des Kontrollpersonals sind auch Pullover, Gürtel und Schuhe auszuziehen und Taschen zu entleeren.

Verbleibt nach der Durchsuchung der begründete Verdacht, dass verbotene Gegenstände mitgeführt werden, dürfen Durchsuchungen auch am Körper vorgenommen werden.

Für **Verteidiger** gilt folgende Einschränkung: Das Ausziehen von Pullover, Gürtel und Schuhen darf erst verlangt werden, wenn ein „Anschlagen“ der Metalldetektoren nicht anders abgeklärt werden kann. Ein Abtasten der Kleidung und ggf. eine körperliche Durchsuchung finden erst statt, wenn sämtliche vorhergehende Maßnahmen nicht zur Entkräftung des begründeten Verdachts, dass verbotene Gegenstände mitgeführt werden, geführt haben.

Die Kenntnisnahme vom Inhalt bei der Durchsuchung vorgefundener Schriften und Aktenteile ist untersagt.

7. Mitgebrachte Gegenstände, die geeignet sind, zur Störung der Hauptverhandlung verwendet zu werden, sind in Verwahrung zu nehmen; sie werden auf Anforderung bei Verlassen des Sitzungssaalbereichs, spätestens am Ende des Sitzungstages, wieder ausgehändigt.

Von Angeklagten, Zeugen und Zuhörern mitgebrachte Funkgeräte, Mobiltelefone, Computer, Fotos- und Filmapparate, sowie Geräte, die der Ton- und/oder Bildaufnahme und/oder -wiedergabe dienen, sind zu hinterlegen; sie werden auf Anforderung bei Verlassen des Sitzungssaalbereichs, spätestens am Ende des Sitzungstages, wieder ausgehändigt.

Über Ausnahmen entscheidet der Vorsitzende im Einzelfall.

8. Zuhörer — mit Ausnahme der akkreditierten Medienvertreter - haben ihre Ausweispapiere an der Zugangskontrolle einem Justizbediensteten zum Zwecke der Anfertigung von Ablichtungen auszuhändigen. Die Ausweise werden nach Anfertigung der Kopien den Zuhörern zurückgegeben.

Die Ausweise werden zur Identifizierung etwaiger Störer abgelichtet. Personaldaten dürfen nicht gespeichert oder listenmäßig erfasst werden. Die Ablichtungen sind unverzüglich dem Vorsitzenden oder dem von ihm hierfür bestimmten Beisitzer auszuhandigen. Sofern sie zu dem vorgenannten Zweck nicht mehr benötigt werden, werden sie spätestens an dem auf den Sitzungstag folgenden Werktag vernichtet. Eine Verwendung der Ablichtungen zu anderen Zwecken als zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung der Hauptverhandlung bzw. zur Verfolgung von Störungen ist untersagt.

9. Zuhörern, die sich nicht in der vorgeschriebenen Weise ausweisen und/oder sich weigern, ihre Ausweise ablichten zu lassen und/oder sich gemäß Ziffer 6 durchsu-

chen zu lassen und/oder beanstandete Gegenstände in Verwahrung zu geben, ist der Zutritt zu versagen.

10. Verteidiger, Sachverständige und Dolmetscher dürfen Taschen und Laptops/Tablets sowie Mobiltelefone in den Sitzungssaal mitbringen. Telefonieren ist im Sitzungssaal nicht gestattet; Mobiltelefone sind vor Sitzungsbeginn auszuschalten.

11. Medienvertreter, die sich ausgewiesen haben, dürfen Laptops/Tablets und Smartphone/Mobiltelefone in den Sitzungssaal mitbringen, soweit es die räumlichen Verhältnisse gestatten. Die Mitnahme von Laptops/Tablets mit mobilen Routern und die Mitnahme von separaten Routern ist nicht gestattet. Bild- und Filmaufnahmen sind auch mit diesen Geräten nicht gestattet.

Telefonieren ist im Sitzungssaal nicht gestattet. Mobiltelefone sind im Sitzungssaal auszuschalten.

Laptops/Tablets und Smartphones dürfen **nur im Offline-Betrieb** verwendet werden.

12. Die Mitglieder des Gerichts, die Vertreter des Generalbundesanwalts, die Protokollführer und die dem Senat und dem Generalbundesanwalt zugeordneten Justizbediensteten sowie die Amtshilfe leistenden und ggf. zum Schutz gefährdeter Personen eingesetzten Polizeibeamten werden nicht durchsucht.

Das gilt auch für von diesen Personen mitgeführte Taschen und Behältnisse.

III. Besondere Bestimmungen zur Vermeidung von Infektionen mit dem Erreger SARS-CoV-2

1. Im Zuhörerbereich des Sitzungssaals wie auch im Sicherheitsbereich um den Sitzungssaal ist stets (also vor Beginn, während und nach Ende der Sitzung) **vom Sicherheitspersonal** sowie von allen **Zuhörern und Pressevertretern** eine FFP2-

Maske bzw. eine Maske mit mindestens gleichwertigem genormten Standard zu tragen.

2. Zuhörer und Medienvertreter haben im Sitzungssaal und dem Sicherheitsbereich stets einen Abstand von 1,5 m zu anderen Personen einzuhalten.

3. Nach dem aktuellen Hygieneplan stehen im Zuschauerbereich des Sitzungssaals A 101 insgesamt 36 Sitzplätze für die Saalöffentlichkeit zur Verfügung, von denen 18 Sitzplätze für Journalisten reserviert werden.

Im Sitzungssaal B 275 stehen insgesamt 8 Plätze zur Verfügung, von denen 4 für Medienvertreter reserviert werden.

Es dürfen ausschließlich die als solche gekennzeichneten Sitzplätze benutzt werden. Die dazwischen liegenden Plätze haben zur Einhaltung des Sicherheitsabstandes von 1,5 m frei zu bleiben, ihre Benutzung ist untersagt.

4. Die Verfahrensbeteiligten sowie Dolmetscher, Zeugen und Sachverständige haben zur Einhaltung eines Sicherheitsabstandes von 1,5 m die ihnen zugewiesenen Plätze im Sitzungssaal einzunehmen.

5. Richter, Protokollführer, Wachtmeister, Vorführbeamte, Verfahrensbeteiligte, Dolmetscher, Zeugen und Sachverständige sind — mit Ausnahme der verfahrensbezogenen Kommunikation - im Sitzungssaal ebenfalls zum Tragen einer FFP2-Maske bzw. einer Maske mit mindestens gleichwertigem genormten Standard oder einer medizinischen Gesichtsmaske (sog. OP-Maske) verpflichtet.

Zeugen und Sachverständige haben für die Dauer ihrer Vernehmung die Maske abzulegen.

IV. Zulassung der Journalisten

1. Akkreditierte Journalisten erhalten gern. Ziffer VI.2. bevorzugten Zutritt zu den für Journalisten reservierten Sitzplätzen im Zuhörerbereich des Sitzungssaals.
2. Zur Akkreditierung berechtigt sind freie Journalisten, Kameraleute, Fotografen und Medienunternehmen. Medienunternehmen akkreditieren sich durch einen für das Unternehmen tätigen Journalisten. Die Akkreditierung ist innerhalb des Medienunternehmens frei übertragbar. Dies gilt auch dann, wenn der Journalist, der sich stellvertretend für das Medium akkreditiert hat, aus dem Medienunternehmen ausscheidet. Unter denselben Bedingungen können sich Medienunternehmen separat für eine Zugangsberechtigung eines Kamerateams/Fotografen akkreditieren.
3. Alle an einer Teilnahme interessierten Medienunternehmen und freien Journalisten werden gebeten, sich per E-Mail unter Übermittlung eines gültigen Presseausweises bzw. Ausweises einer Rundfunk- oder Fernsehanstalt im Sinne des Pressegesetzes und/oder eines Referenzschreibens (Beschäftigungs- oder Auftragsbestätigung) eines solchen Unternehmens oder eines sonstigen Nachweises ihrer journalistischen Tätigkeit bei der Pressestelle des Oberlandesgerichts München unter Angabe Ihrer Tätigkeit als Redakteure, Fotografen und Kamerateams unter

<https://formularserver.bayern.de/akkreditierung>

für „Ariane“ zu akkreditieren. **Akkreditierte Medienunternehmen erhalten die Zugangsberechtigung für jeweils eine Journalistin bzw. einen Journalisten.**

Auf anderen Wegen eingehende Akkreditierungsgesuche können **nicht berücksichtigt** werden und werden auch nicht weitergeleitet. Die Akkreditierungsfrist beginnt am

Montag, den 07.02.2022 um 12.00 Uhr (MEZ)
und endet am
Mittwoch, den 09.07.2022 um 12.00 Uhr (MEZ).

Akkreditierungsgesuche, die vor Beginn oder nach Ablauf der Frist eingehen, können **nicht berücksichtigt** werden.

Es wird darauf hingewiesen, dass eine Nachakkreditierung von Journalisten auch bei längerer Dauer des Verfahrens nicht möglich ist.

4. Zugelassene Medienunternehmen und freie Journalisten erhalten einen Akkreditierungsausweis, der den jeweiligen Namen bzw. den Namen des Mediums aufführt. Die Akkreditierungsausweise haben akkreditierte Journalisten bzw. der jeweilige Vertreter eines Medienunternehmens an den Termintagen sichtbar bei sich zu führen. Auf Verlangen sind die Ausweise den Mitarbeitern der Justizwachtmeisterei vorzuzeigen.
5. Die Durchführung des Akkreditierungsverfahrens obliegt der Pressestelle des Oberlandesgerichts München.

V. Presse, Funk und Fernsehberichterstattung

1. Ton-, Film- und Bildaufnahmen sind nur akkreditierten Fotografen und Kamerateams bzw. akkreditierten Medienunternehmen jeweils 15 Minuten vor dem angesetzten Beginn der Sitzung im ausgewiesenen Bereich des Gerichtssaals gestattet. Die Nutzung von Stativen im Sitzungssaal ist aus Platzgründen nicht möglich. Außerhalb dieses Bereichs dürfen keine Ton-, Bild- und Filmaufnahmen gefertigt werden; insbesondere im Zuschauerraum sind keine derartigen Aufnahmen gestattet. Die Aufnahmen im ausgewiesenen Bereich des Gerichtssaals sind mit dem Aufruf der Sache zu beenden.
2. Es werden folgende Medienpools gebildet:
 - a) Von den akkreditierten Fernsehvertretern werden als Poolführer zwei Fernsighteams (bestehend aus maximal 2 Personen mit jeweils einer Kamera) und zwar ein öffentlich-rechtlicher und ein privat-rechtlicher Sender zugelassen.

- b) Von den akkreditierten Vertretern der Presseagenturen wird als Poolführer jeweils ein Fotograf von maximal zwei akkreditierten Presseagenturen zugelassen.
 - c) Von den akkreditierten freien Fotografen werden als Poolführer vier Fotografen zugelassen.
3. Melden sich mehr Filmteams und/oder Fotografen an, als Plätze im jeweiligen Medienpool zur Verfügung stehen, ist Voraussetzung für eine Zulassung, dass im Akkreditierungsgesuch die Bereitschaft zur Übernahme der Poolführerschaft erklärt wird.
 4. Die Poolführer haben sich schriftlich zu verpflichten, das Bildmaterial ihren Konkurrenzunternehmen auf Anforderung zu überspielen oder zur Verfügung zu stellen.
 5. Die Bestimmung der Poolführer bleibt einer Einigung der interessierten Presseorgane bzw. Fernsehanstalten überlassen. Die Absprache im Einzelnen obliegt den interessierten Anstalten, Redaktionen, Agenturen und Journalisten. Falls keine einvernehmliche Lösung gefunden wird, trifft der Vorsitzende die Auswahl.
 6. Bei der Positionierung der Kameras und während der Aufnahmen ist den Anweisungen der Mitarbeiter der Pressestelle und der Wachtmeister Folge zu leisten. Der Aufenthalt hinter der Richterbank und das Filmen von Akten ist nicht gestattet.
 7. Mit Bild- und Tonaufzeichnungen des Spruchkörpers sowie der Protokollführer außerhalb des Sitzungssaals besteht kein Einverständnis.
 8. Bild- und Filmaufnahmen des Angeklagten sowie von Zeugen sind zu anonymisieren, es sei denn, es wurde von ihnen ausdrücklich das Einverständnis zu einer abweichenden Verfahrensweise erklärt. Im Übrigen sind die Persönlichkeitsrechte der Prozessbeteiligten, insbesondere der Angeklagten und Zeugen, in eigener Verantwortung zu wahren.
 - 9. Während sämtlicher Sitzungen sind Ton-, Film- und Bildaufnahmen untersagt (§ 169 Abs. 1 Satz 2 GVG).**

VI. Platzvergabe

1. An den Sitzungstagen erhalten Zuhörer und Medienvertreter/Journalisten jeweils eine halbe Stunde vor Beginn der Sitzung Einlass in den geöffneten Sitzungssaal.
2. Die für Journalisten reservierten Plätze, die als solche gekennzeichnet sind, werden vergeben wie folgt:
 - in erster Linie an akkreditierte freie Journalisten / an jeweils **einen** Vertreter akkreditierter Medienunternehmen.
 - in zweiter Linie für Medienvertreter nach VI. 4.
 - und sodann für sonstige Zuhörer.

Der Vorsitzende behält sich vor, die reservierten Sitzplätze an akkreditierte Medienunternehmen/freie Journalisten — im Wege des Losentscheids — fest zu vergeben, sollte die Anzahl der akkreditierten Medienunternehmen/freien Journalisten die Anzahl der reservierten Sitzplätze überschreiten.

3. Zuhörer werden in der Reihenfolge ihrer Ankunft vor dem Sitzungssaal eingelassen. Es dürfen nur so viele Zuhörer eingelassen werden, wie Sitzplätze für Zuhörer vorhanden sind. Ein Sitzplatz darf nicht mit zwei Zuhörern besetzt werden. Freiwerdende Sitzplätze sind unverzüglich weiteren Zuhörern zur Verfügung zu stellen, die noch Einlass begehren. Medienvertreter, die nicht in dem für sie reservierten Bereich Platz gefunden haben, werden wie Zuhörer eingelassen.
4. Im Anschluss erhalten nicht akkreditierte Medienvertreter in der Reihenfolge ihres Erscheinens Zutritt auf die reservierten Plätze, sofern sie ihre journalistische Tätigkeit ausreichend nachweisen können (z.B. durch Vorlage eines gültigen Presseausweises bzw. Ausweises einer Rundfunk- oder Fernsehanstalt im Sinne des Pressegesetzes und/oder eines Referenzschreibens), wenn 15 Minuten nach Beginn des Einlasses noch reservierte Plätze frei sind. In Zweifelsfällen entscheidet der Vorsitzende.

5. Zuhörer können in den für die Medienvertreter reservierten Bereich eingelassen werden, falls dort 5 Minuten vor Beginn der Hauptverhandlung weniger Medienvertreter Einlass begehrt haben als Plätze vorhanden sind.
6. Während der Sitzungspausen, die für länger als **15 Minuten** angeordnet werden, und nach dem Ende der Sitzung haben Zuhörer und Medienvertreter/Journalisten den Sitzungssaal zu verlassen. Sofern sie ihren Sitzplatz unmittelbar nach der Sitzungspause wieder einnehmen, verlieren sie nicht den Anspruch hierauf. Zum Zwecke der Information von Pressekollegen ist Medienvertreter/Journalisten auch außerhalb der Sitzungspausen das kurzzeitige Verlassen des Sitzungssaales in den Sicherheitsbereich ohne Verlust des Sitzplatzes gestattet.
7. Ein freiwerdender Sitzplatz kann neu belegt werden. Reservierungen jeder Art sind nicht statthaft.
8. Personen, die keinen Sitzplatz gefunden haben, müssen den Sitzungssaal vor Beginn der Sitzung verlassen.

VII. Sitzungspolizei und Ordnung während der Sitzung

1. Die Aufrechterhaltung der Ordnung in der Sitzung (Sitzungspolizei) obliegt dem Vorsitzenden. Seinen Anordnungen ist Folge zu leisten (§§ 176, 177 GVG).

Seine Befugnisse erstrecken sich

in örtlicher Hinsicht auf den Sitzungssaal und auf die dem Sitzungssaal vorgelagerten Räume, also auch auf den Zugang zum Sitzungssaal,

in zeitlicher Hinsicht auf die Sitzung, wozu auch die Sitzungspausen, während welcher der Senat an der Gerichtsstelle bleibt, sowie die Zeitspannen vor und nach der Sitzung gehören, an denen sich die Beteiligten oder Zuhörer einfinden bzw. entfernen und

- in persönlicher Hinsicht auf alle Personen, die sich während der angegebenen Zeiten in den genannten Bereichen aufhalten.

2. Innerhalb des aufgezeigten örtlichen, zeitlichen und persönlichen Rahmens wird das Hausrecht durch die Sitzungspolizei verdrängt.

3. Im Übrigen gilt die Hausordnung des Strafjustizzentrums München.

4. Das Hausrecht wird ausgeübt von

Herrn Leitenden Oberstaatsanwalt Hans Kornprobst

Telefonnummer: 089-5597-4800 (Vorzimmer)

5. Diese Verfügung wird über die Homepage des Oberlandesgerichts München veröffentlicht. Anschließend wird sie Medienvertretern, die in den E-Mail-Verteilern der Pressestelle des Oberlandesgerichts München verzeichnet sind, als E-Mail-Anhang übermittelt.

VIII.

In Zweifelsfällen oder wenn ein Verfahrensbeteiligter oder Zuhörer geltend macht, durch den Vollzug der angeordneten Maßnahmen in seinen Rechten beeinträchtigt zu sein, ist die Entscheidung des Vorsitzenden einzuholen.

Gründe:

1. Zu Ziffern II., VII., VIII.

- a) Die allgemeinen sitzungspolizeilichen Anordnungen dienen der Aufrechterhaltung der Ordnung in der Sitzung (§ 176 GVG). Sie sind erforderlich, um einen störungsfreien Ablauf des Verfahrens zu gewährleisten. Die Anordnungen dienen insbesondere der Sicherheit des Angeklagten und der übrigen Verfahrensbeteiligten.
- b) Der abgesperrte Durchgangsbereich vor dem Sitzungssaal, in dem sich das Durchleuchtungsgerät, die Detektorschleuse und die Durchsuchungskabinen befinden, dient ausschließlich der reibungslosen Durchführung der angeordneten Sicherheitskontrollen.
- c) Die Nutzung von elektronischen Geräten mit Internetzugang wird auf die Nutzung im Offlinebetrieb beschränkt (II. 11.). Dem liegen folgende Erwägungen zugrunde:

Der mobile Zugang zum Internet sowie damit einhergehend die zeitnahe Einstellung von Bildern und Texten eröffnet die Möglichkeit einer quasi Live-Berichterstattung aus Gerichtssälen, ohne dass Kamerteams im Gerichtssaal optisch in Erscheinung treten. Diese Form der (medialen) Berichterstattung unterfällt zwar nicht dem Verbot des § 169 Abs. 1 S. 2. GVG (vgl. MüKoStPO/Kulhanek, 1. Aufl. 2018 § 169 GVG, Rn. 50). Denn nach der Gesetzesbegründung zur Einführung des § 169 GVG bleiben die Wortberichterstattung durch die Presse, ferner Bild- und Tonaufnahmen, die nicht Filmaufnahmen sind oder nicht durch den Ton- oder Fernsehrundfunk gesendet werden sollen, sowie das Zeichnen (BT-Drs. IV/178, 45) außerhalb der Regelung. Für jede Berichterstattung, die nicht unter das Verbot des § 169 Abs. 2 und 3 GVG fällt, gelten aber weiterhin die Beschränkungen, die sich aus der Sitzungspolizei (§ 176 GVG), insbesondere den in Gesetz und Rechtsprechung anerkannten Grundsätzen über das allgemeine Persönlichkeitsrecht ergeben (Bt-Drs a.a.O.).

Eine Berichterstattung aus der Verhandlung in Form eines Live-Blogs würde zu einem Eingriff in das allgemeine Persönlichkeitsrecht der Verfahrensbeteiligten und

der Zeugen führen, die nicht durch das Informations- und Verbreitungsinteresse der Medienschaffenden zu rechtfertigen ist. Das allgemeine Persönlichkeitsrecht vermittelt den Angeklagten zwar keinen generellen Anspruch darauf, das Strafverfahren unbeobachtet und „in aller Stille abwickeln“ zu können und sich dadurch vollständig der medialen Öffentlichkeit und der damit einhergehenden sozialen Missbilligung durch sein Umfeld zu entziehen. Straftaten gehören vielmehr zum Zeitgeschehen, dessen Vermittlung in den Aufgabenbereich der Presse fällt; wer den Rechtsfrieden bricht, muss es grundsätzlich dulden, dass das von ihm selbst erregte öffentliche Informationsinteresse auf den dafür üblichen Wegen befriedigt wird (Paschke/Berlit/Meyer/Kröner, Hamburger Kommentar Gesamtes Medienrecht, EMRK Art. 8 Rn. 44, beck-online). Allerdings ist bei der Art der Berichterstattung darauf zu achten, dass das Persönlichkeitsrecht der Angeklagten nicht übermäßig eingeschränkt wird.

Ob ein Live-Blog aus dem Gerichtssaal zu einer nicht mehr hinzunehmenden Einschränkung der Persönlichkeitsrechte von Verfahrensbeteiligten, insbesondere der Angeklagten führt, ist im Wege einer Abwägung des Rechts der Angeklagten auf Schutz ihrer Persönlichkeit und Achtung ihres Privatlebens aus Art. 1 I, 2 I GG, Art. 8 I EMRK mit dem in Art. 5 I GG, Art. 10 EMRK verankerten Recht der Presse auf Meinungs- und Medienfreiheit zu entscheiden. Wegen der Eigenart des Persönlichkeitsrechts als Rahmenrecht steht seine Reichweite nicht absolut fest, sondern muss erst durch eine Abwägung der widerstreitenden grundrechtlich geschützten Belange bestimmt werden, bei der die besonderen Umstände des Einzelfalls sowie die betroffenen Grundrechte und Gewährleistungen der Europäischen Menschenrechtskonvention interpretationsleitend zu berücksichtigen sind. Der Eingriff in das Persönlichkeitsrecht ist nur dann rechtswidrig, wenn das Schutzinteresse des Betroffenen die schutzwürdigen Belange der anderen Seite überwiegt (vgl. BGH GRUR 2013, 965 Rn. 17, beck-online). Handelt es sich — wie hier - um die Berichterstattung über ein noch nicht abgeschlossenes Strafverfahren, so ist im Rahmen der Abwägung auch die zu Gunsten des Betroffenen sprechende, aus dem Rechtsstaatsprinzip (Art. 20 III GG) folgende und in Art. 6 II EMRK anerkannte Unschuldsvermutung zu berücksichtigen (vgl. BGH GRUR 2013, 94 Rdnr. 14). Diese gebietet eine entsprechende Zurückhaltung bei der Berichterstattung (a.a.O. Rn. 19, beck-online).

In Anwendung dieser Grundsätze ist die Beschränkung der Nutzung von Laptops auf den Offlinemodus gerechtfertigt. Eine Liveberichterstattung in Form eines Live-Blogs würde dazu führen, dass einzelne Passagen einer Einlassung der Angeklagten oder einer Aussage der Zeugen veröffentlicht werden, noch bevor den Angeklagten bzw. dem Zeugen durch Nachfragen Gelegenheit gegeben worden ist, erläuternd auf beispielsweise missverständliche oder aufsehenerregende Äußerungen einzugehen. Gerade in Zeiten des schnelllebigen Internets besteht die Gefahr, dass um der schnellen Nachricht willen Äußerungen aus dem Zusammenhang gerissen einzeln wörtlich wiedergegeben werden. Das Gericht muss deswegen bei der Gestaltung des Verfahrens darauf achten, dass die Aussage von Zeugen nicht wegen der Scheu vor einem unbeschränkten, unübersehbaren und unsichtbaren Zuhörer- oder Zuschauerkreis erschwert wird. Den Angeklagten muss die Möglichkeit gegeben werden, ihre Einlassungen und Erklärungen so zu gestalten, wie es das Verteidigungsinteresse erfordert. (vgl. BtDrs. a.a.0). Diese Möglichkeit würde erheblich beschränkt, wenn sie damit rechnen müsste, dass jede Äußerung in dem Verfahren isoliert berichtet wird, noch ehe sie ihre Einlassung im Ganzen oder wenigstens zu einem bestimmten Teilaspekt vollständig gemacht hat. Es entsteht so die Gefahr einer ungewollt verzerrenden Berichterstattung, der mit der getroffenen sitzungspolizeilichen Maßnahme begegnet werden soll. Die getroffene Einschränkung greift auch nicht übermäßig in das Recht der Presse ein, da auch ein gänzlich Verbot grundsätzlich zulässig wäre (vgl. BVerfG NJW 2014, 3013).

2. Zu Ziffer III.

Die Anordnung der Maskentragepflicht beruht auf § 176 Abs 1 GVG. Der Vorsitzende ist in der Wahl seiner sitzungspolizeilichen Anordnungen grundsätzlich - im Rahmen pflichtgemäßen Ermessens - frei. Die Anordnungsbefugnis nach § 176 Abs. 1 GVG umfasst dabei nicht zuletzt als Ausfluss der aus Art. 2 Abs. 2 GG folgenden Pflicht zum Schutz der Sicherheit von Leben und körperlicher Unversehrtheit aller im Sitzungssaal anwesenden Personen auch Maßnahmen des Infektionsschutzes (OLG Celle Beschl. v. 15.4.2021 — 3 Ws 91/21, BeckRS 2021, 8318 Rn. 10, beck-online).

Die Anordnung zum Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung in Form einer Maske mit auch höherer Schutzklasse im Gerichtssaal ist geeignet, die Wahrscheinlichkeit einer Covid-19-Infektion wenigstens zu senken.

Nach derzeitiger Erkenntnislage wird SARS-CoV-2 primär über die respirative Aufnahme von virushaltigen Partikeln übertragen (Tröpfchen oder Aerosole). Das Robert-Koch-Institut als zentrale Einrichtung der Bundesregierung auf dem Gebiet der Krankheitsüberwachung und -prävention empfiehlt deswegen, dass Personen einen Abstand von mindestens 1,5 m einhalten und auf enge Interaktion verzichten (vgl. Empfehlungen des RKI, Stand 14.01.2022). Auch die derzeit gültige Fünfzehnte Bayerische Infektionsschutzmaßnahmenverordnung (15. BayIfSMV vom 23. November 2021, BayMBl. Nr. 816) orientiert sich an dieser Empfehlung. Die hier angeordneten Schutzmaßnahmen sind für einen Infektionsschutz geeignet und nach den bisherigen Erkenntnissen der Virologie effektiv und tragen damit dem Grundrecht der Beteiligten und der Öffentlichkeit auf Leben und körperliche Unversehrtheit aus Artikel 2 Absatz 2 Satz 1 GG Rechnung (vgl. BVerfG, Beschl. v. 01.04.2020 - 2 BvR 571/20). Die Anordnung ist angesichts der drohenden Gefahren für Verfahrensbeteiligte und Zuschauer auch verhältnismäßig.

Um die Aerosolbelastung innerhalb des Sitzungssaals entscheidend zu reduzieren wird das Tragen von medizinischen Masken im Sitzungssaal angeordnet.

Das Tragen einer Mund-Nasenbedeckung und die Einhaltung eines Mindestabstands sind erforderlich, um Infektionen mit dem Erreger SARS-CoV-2 vorzubeugen. Angesichts des aktuellen Infektionsgeschehens im Bundesgebiet ist derzeit von einem relativ hohen Infektionsrisiko auszugehen. Der Erreger SARS-CoV-2 führt in einer nicht unerheblichen Anzahl der Fälle zu einem potentiell tödlichen Krankheitsverlauf. Mildere und gleich geeignete Mittel sind insoweit nicht ersichtlich (vgl. BVerfG MDR 2020, 1523).

Der angeordneten Maskenpflicht steht auch nicht die erst 2019 in das Gerichtverfassungsgesetz eingefügte Regelung in § 176 Abs. 2 GVG entgegen. Zwar bestimmt § 176 Abs. 2 Satz 1 GVG, dass sich Verfahrensbeteiligte ihr Gesicht während der Sitzung weder ganz noch teilweise verhüllen dürfen. § 176 Abs. 2 GVG gestattet dem Vorsitzenden, Ausnahmen von dem Verhüllungsverbot zuzulassen, wenn dessen Schutzzweck nicht berührt wird (BT-Drs. 19/14747, 43). Schutzzweck ist die Wahrung der Funktionsfähigkeit der Rechtspflege. Insbesondere Identitätsfeststellung und Beweiswürdigung sollen durch Gesichtsverhüllungen nicht beein-

trächtig werden können (BT-Drs. 19/14747, 43). § 176 Abs. 2 Satz 2 GVG räumt dem Vorsitzenden einen Ermessensspielraum ein, wobei die Grundrechte der betroffenen Personen mit den Verbotszwecken abzuwägen sind. (BeckOK GVG/Allgayer, 10. Ed. 15.2.2021, GVG § 176 Rn. 20-20).

In Ausübung pflichtgemäßen Ermessens kann der Vorsitzende daher Ausnahmen von § 176 Abs. 2 Satz 1 GVG bestimmen. Die Regelung ist ihrem Wortlaut nach zwar als Ausnahmeregelung konzipiert. Sind indes besonders gewichtige Schutzgüter wie das Leben und die körperliche Unversehrtheit der Verfahrensbeteiligten betroffen, kann sich sowohl das Entschließungswie als auch das Auswahlermessen des Vorsitzenden zunehmend einschränken und sich sogar in eine Handlungsverpflichtung zur Anordnung des (teilweisen) Verhüllens umwandeln (OLG Gelle Be-schl. v. 15.4.2021 — 3 Ws 91/21, BeckRS 2021, 8318 Rn. 12, beck-online).

Den in Ziffer III getroffenen Regelungen liegen folgende Ermessenserwägungen zugrunde:

Der Vorsitzende hat in Ausübung seiner sitzungspolizeilichen Gewalt darauf zu achten, dass Verfahrensbeteiligte unversehrt an der Hauptverhandlung teilnehmen können. Dies gilt umso mehr als alle Verfahrensbeteiligte i.d.R zum Erscheinen verpflichtet sind.

Diese Anordnung gilt auch für den Angeklagten, seine Verteidiger, die Vertreter des Generalbundesanwalts und das Gericht einschließlich der eingesetzten Protokollanten, der Wachtmeister sowie für Zeugen und Sachverständige. Der Vorsitzende kann auf Antrag nach pflichtgemäßem Ermessen die Maskenpflicht für einzelne Verfahrensabschnitte und einzelne Verfahrensbeteiligte zeitweise aufheben.

Zeugen und Sachverständige müssen ohne Mund-Nasenbedeckung aussagen bzw. das Gutachten erstatten, da es für die Beweiswürdigung grundsätzlich erforderlich ist, den vollständig wahrnehmbaren Gesichtsausdruck der Zeugen/ Sachverständigen zur Bewertung und gegebenenfalls Interpretation ihrer Aussage heranzuziehen, um die Glaubwürdigkeit der Person und die Glaubhaftigkeit der Angaben beurteilen zu können (BeckOK GVG/Allgayer, 12. Ed. 15.2.2021, GVG § 176 Rn. 20).

Die Verpflichtung zum Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung greift angesichts der derzeitigen 7-Tage-Inzidenz und des dominierenden Auftretens von neuen und besonders ansteckenden SARS-CoV-2-Virusvarianten nicht unverhältnismäßig in die Verfahrensrechte der Beteiligten ein.

Änderungen bleiben vorbehalten; dies gilt insbesondere für den Fall, dass sich die 7-Tage-Inzidenz der SARS-CoV-2- Infektionen wesentlich verändert.

3. Zu Ziffer IV - VI

- a) Zur Wahrung der Interessen der Öffentlichkeit und zur Wahrung der Presse- und Rundfunkfreiheit wurden Anordnungen getroffen, mit denen die Bedingungen der Berichterstattung aus dem Sitzungssaal unter Beachtung der in § 169 GVG niedergelegten Grundsätze geregelt werden.

Zur Aufrechterhaltung der Ordnung in der jeweiligen Sitzung obliegt es dem Gerichtsvorsitzenden (§ 176 GVG), nähere Regeln für den Zugang zum Sitzungssaal und für das Verhalten in ihm zu erlassen und damit auch die Verteilung knapper Sitzplätze an Journalisten zu ordnen (BVerfG NJW 2003, 500, beck-online), wobei der Vorsitzende bei der Entscheidung über die Vergabe der reservierten Plätze einen weiten Ermessenspielraum hat (vgl. BVerfG NJW 2013, 1293, BVerfG BeckRS 2013, 50235 und BVerfG BeckRS 2014, 49615).

- b) Soweit der Zugang von Medienvertretern durch die Sicherungsverfügung begrenzt wird, liegen den Anordnungen folgende Ermessenserwägungen zugrunde (BVerfG NJW 2020, 38):

- (1) Die Reservierung von Plätzen für Medienvertreter (vgl. VI. 2) folgt aus Nr. 125 Abs. 3 RiStBV. Danach soll das Gericht für die Presseberichterstatter im Voraus geeignete Plätze in ausreichender Zahl bereitstellen.

Im Ermittlungs- und im Zwischenverfahren war eine erhöhte Aufmerksamkeit der Presse festzustellen. So wurde über die Anklageerhebung durch den Generalbundesanwalt in überregionalen Medien, teilweise sehr ausführlich, berichtet. Die Sitzplatzreservierung ist in diesen Fällen zulässig und erforderlich (vgl. zum Ganzen MüKoStPO/Kulhanek, 1. Aufl. 2018, GVG § 176 Rn. 29).

Die reservierten Plätze stehen grds. nur akkreditierten Medienvertretern zur Verfügung. Die Beschränkung der Sitzplatzreservierung auf akkreditierte Medienvertreter ist von der sitzungspolizeilichen Befugnis des Vorsitzenden umfasst (BVerfG NJW-RR 2007, 1053, MüKoStPO/Kulhanek, 1. Aufl. 2018, GVG § 176 Rn. 30). Sie ist erforderlich, um allen Medienvertretern die gleichen Chancen auf eine garantierte Zugangsmöglichkeit zu den reservierten Plätzen zu geben. Mit der Durchführung des Akkreditierungsverfahrens wird geprüft, ob ein eingehendes Akkreditierungsgesuch von einem Medienschaffenden gestellt wurde. Der Prüfung der journalistischen Betätigung von Personen, die sich auf die reservierten Plätze bewerben, kann aus organisatorischen Gründen nicht erst am Sitzungstag erfolgen. Zur Prüfung eines Gesuchs können im Einzelfall Ermittlungen nötig sein. Dies gilt insbesondere für ausländische Medienvertreter oder Vertreter von Online-Angeboten, deren journalistisches Schaffen nicht offensichtlich ist (vgl. zur Journalisteneigenschaft von Bloggern: VGH München, Beschluss vom 27.01.2017, 7 CE 16.1994, VG Augsburg, Beschluss vom 31.05.2016, ZD 2016, 548, beck-online, BeckOK InfoMedienR/Lent, 27. Ed. 1.11.2020, MStV § 18 Rn. 9). Diese - zur Wahrung des Gleichheitsgrundsatzes notwendige - Überprüfung kann angesichts des erwarteten Medienandrangs nicht erst am Sitzungstag-erfolgen. Nur an den Tagen, an denen die reservierten Plätze nicht vollständig von akkreditierten Journalisten besetzt werden, können auch Medienvertreter, deren journalistische Betätigung überprüfbar ist, auf die reservierten Plätze vorgelassen werden (vgl. VI.2., VI.5.).

Um zu garantieren, dass sämtliche Interessenten die gleichen Zugangschancen haben, ist eine Nachakkreditierung nicht möglich.

Für die reine Saalöffentlichkeit stehen mindestens 50 % der vorhandenen Plätze zur Verfügung. Damit wird dem in § 169 Abs. 1 Satz 1 GVG niedergelegten Öffentlichkeitsgrundsatz Rechnung getragen. (vgl. Kulhanek in MüKoStPO, 1. Aufl. 2018, GVG § 176 Rn. 31). Die Anzahl der Zuschauerplätze wurde angesichts der vom RKI gemachten Empfehlungen zum Umgang mit dem Erreger SARS-CoV-2 auf 36 Personen im Sitzungssaal A 101 und auf 8 Personen im Sitzungssaal B 275 beschränkt. Damit können derzeit 18 bzw. 4 Plätze für Medienschaffende reserviert werden.

Die Sitzplatzvergabe (Ziffer VI.2 — 8.) erfolgt nach der Reihenfolge des Erscheinens. Für diese Entscheidung ist ermessensleitend, dass alle Interessierten bei der Sitzplatzvergabe die gleichen Chancen haben sollen (vgl. BVerfG NJW 2013, 1293 (1294)).

Änderungen der Zugangsregelungen bleiben vorbehalten. Eine feste Vergabe der reservierten Sitzplätze an Medienvertreter bleibt für den Fall, dass die Saalkapazität nicht für alle akkreditierten Medien ausreicht, vorbehalten.

- (2) Der Ausschluss von Ton-, Film- und Bildaufnahmen (Ziffer V.9.) nach Aufruf der Sache beruht auf § 169 Satz 2 i.V. mit § 176 GVG (vgl. BVerfG NJW 2001, 1633, beck-online).

Ton-, Film- und Bildaufnahmen werden jeweils für 15 Minuten bis zum Beginn der Sitzung gestattet.

Ton-, Film und Bildaufnahmen können — außerhalb der Hauptverhandlung - i.d.R nicht generell untersagt werden, da Anordnungen des Vorsitzenden nach § 176 GVG, mit denen die Anfertigung von Bild- und Fernsehaufnahmen vom Geschehen im Sitzungssaal am Rande der Hauptverhandlung Beschränkungen unterworfen wird, Eingriffe in den Schutzbereich der Pressefreiheit aus Art. 5 12 GG darstellen (vgl. BVerfG NJW 2014, 3013, Rn. 16 ff beck-online). Eine Beschränkung der Pressefreiheit bedarf konkreter, auf Gesichtspunkte der Sitzungsleitung bezogener Gründe zum Schutz des Angeklagten und der sonstigen Verfahrensbeteiligten, eines ungestörten Verlaufs der Sitzung oder der Bedingungen für eine ungestörte Wahrheits- und Rechtsfindung. (BVerfG a.a.O.). Gründe, die ein generelles Verbot von Ton-, Film- und Bildaufnahmen rechtfertigen könnten, liegen nicht vor.

- (3) Die Fertigung von Ton-, Film und Bildaufnahmen wird nur akkreditierten Medienvertretern gestattet. Zur Begründung wird auf Ziffer (1) verwiesen.

Den akkreditierten Medienvertretern werden Ton-, Film- und Bildaufnahmen nur im Rahmen eines Pools gestattet. Die Ordnungsgewalt des Vorsitzenden umfasst die Befugnis, nähere Regeln für den Zugang zum Sitzungssaal und

für das Verhalten in ihm zu erlassen. Dies schließt auch nähere Regeln für die Verteilung knapper Platzkapazitäten an Journalisten ein (vgl. BVerfG, NJW 2003, 500). Diese können auch die Vorgabe einer so genannten Pool-Lösung umfassen, bei der aus dem Kreis der Teilnahmeinteressenten eine beschränkte Anzahl so genannter Poolführer für eine Anwesenheit bei der Sitzung benannt wird (vgl. BVerfGE NJW-RR 2008, 1069, beck-online, BVerfG NJW 2017, 798, beck-online; EGMR BeckRS 2016, 3402, beck-online; Kulhanek in MüKoStPO, 1. Aufl. 2018, GVG § 176 Rn. 36).

Die Anordnung eines Pools ist erforderlich, da mit einem sehr großen Medienandrang gerechnet wird. Von der Bildung eines Pools kann deswegen nur abgesehen werden sofern sich — wider Erwarten — weniger Medienvertreter akkreditieren sollten.

Die Poolführer haben sich zu verpflichten, den Poolteilnehmern unverzüglich gefertigtes Bildmaterial zu überlassen. Nur so kann gewährleistet werden, dass alle akkreditierten Medienvertreter ausreichend Zugang zu Bildmaterial erhalten.

- (4) Dem Anonymisierungsgebot in (vgl. V.8.) liegen folgende Erwägungen zu Grunde: Bei Einschränkungen der Pressefreiheit ist deren Bedeutung Rechnung zu tragen und der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit zu beachten. Bei der Ermessensausübung sind einerseits die Pressefreiheit und andererseits der Schutz des allgemeinen Persönlichkeitsrechts der Beteiligten, aber auch der Anspruch der Beteiligten auf ein faires Verfahren sowie die Funktionstüchtigkeit der Rechtspflege, insbesondere die ungestörte Wahrheits- und Rechtsfindung zu beachten.

Das Recht des Angeklagten, durch Bildveröffentlichungen nicht vorverurteilt zu werden, ist folglich abzuwägen gegen das öffentliche Informationsinteresse und die Freiheit der Bildberichterstattung. Diese Abwägung führt dazu, dass im oben dargestellten Umfang Ton-, Film- und Bildaufnahmen zuzulassen sind, jedoch ohne identifizierende Bildveröffentlichung des Angeklagten. Denn der Informationsbedarf des Publikums und der Öffentlichkeit wird durch das Gebot der Anonymisierung nicht wesentlich eingeschränkt.

Ein besonderes Informationsinteresse der Öffentlichkeit an identifizierenden Bildveröffentlichungen von Angeklagten und Zeugen ist nicht ersichtlich.

gez.

Bösl

Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht

Anhang:

Sitzungsplan

Wochentag und Datum	Uhrzeit	Zimmer / Etage / Gebäude /
Donnerstag, 17.02.2022	09:30 Uhr	Sitzungssaal A 101, Strafjustizzentrum, Nymphenburger Straße 16, 80335 München
Mittwoch, 23.02.2022	10:30 Uhr	Sitzungssaal B 275
Freitag, 25.02.2022	09:30 Uhr	Sitzungssaal B 275
Dienstag, 08.03.2022	10:30 Uhr	Sitzungssaal B 275
Donnerstag, 17.03. 2022	10:30 Uhr	Sitzungssaal B 275
Mittwoch, 23.03. 2022	10:30 Uhr	Sitzungssaal B 275
Donnerstag, 24.03.2022	09:30 Uhr	Sitzungssaal B 275
Montag, 28.03. 2022	10:30 Uhr	Sitzungssaal B 275
Donnerstag, 31.03.2022	10:30 Uhr	Sitzungssaal B 275
Montag, 04.04.2022	10:30 Uhr	Sitzungssaal B 275
Mittwoch, 06.04.2022	10:30 Uhr	Sitzungssaal B 275
Freitag, 08.04.2022	10:30 Uhr	Sitzungssaal A 101